

Pressespiegel 2021

Berichterstattung
NOVOMATIC

Erstellt von **Group Marketing & Communications**

Datum **28.06.2021 / KW 25**

„Kurier“, 28.06.2021

Großrazzia: Beamte fanden 750 Glücksspielautomaten in Lagerhalle

Sichergestellt wurden auch 270 Kartons mit Firmenunterlagen

Oberösterreich. Dem Bundeskriminalamt (BK) ist in OÖ ein Coup gegen die illegale Glücksspielmafia gelungen. Wie das BK am Sonntag mitteilte, konnten Beamte am 22. Juni im Zuge einer Großrazzia 750 Glücksspielautomaten sicherstellen.

Der Einsatz erfolgte im Auftrag der Staatsanwaltschaft Wels. Insgesamt waren 140 Beamte beteiligt. Sie durchsuchten 13 Häuser. In einer Lagerhalle wurden schließlich 750 Glücksspielautomaten ausfindig gemacht. Sie dürften als Nachschub für Lokale gedient haben, in denen es zuvor bereits zu Beschlagnahmungen gekommen war. Bei 70 der



70 der gefundenen Automaten waren bereits einmal beschlagnahmt worden und versiegelt

Geräte handelt es sich sogar um bereits beschlagnahmte und versiegelte Automaten.

Zudem fanden die Beamten noch zwei Pistolen, eine Langwaffe, Bargeld im niedrigen sechsstelligen Eurobereich, zwei Server Racks, Laptops sowie Mobiltelefone

und diverse Speichermedien. Sichergestellt wurden auch 270 Kartons mit Firmenunterlagen. Laut BK bestehe der Verdacht des gewerbsmäßigen betrügerischen Datenverarbeitungsmissbrauchs, betrügerischer Krida und Verstrickungsbruch.

Fußball-EURO treibt Nachfrage in die Höhe

Volltreffer für die Wettanbieter

Nach einem Minus von rund 13 Prozent im Vorjahr kommt die EURO den Anbietern sehr gelegen, das Sport-Interesse steigt

Die Europameisterschaft ist für uns wie ein 13. Umsatzmonat“, freut sich tipp3-Geschäftsführer Philip Newald über das Fußballfieber im Land. Ebenso Jürgen Irsigler von Admiral: „Wir gewinnen während solcher Ereignisse viele Neukunden.“ Das Weiterkommen Österreichs bringt einen zusätzlichen Ruck, laut tipp3 wetten die Österreicher bei diesen Spielen doppelt so viel. Auch Markus Prinz, Österreich-Chef von Tipico, merkt „eine erhöhte Nachfrage an Wetten mit österreichischer Beteiligung“.

Das gesteigerte Interesse ist Balsam auf die Wunden. Im Vorjahr verzeichnete man ein Minus von 13 Pro-

zent, das Geschäft in den Lokalen brach aufgrund der Lockdowns um 40 Prozent ein. Insgesamt setzen die Österreicher jährlich rund zwei Milliarden €, für die Anbieter springen dabei Erlöse von 280 Millionen € heraus, erklärt Newald, der auch Vizepräsident des Sportwettenverbands ist.

Rund sieben bis acht große Anbieter kämpfen am Markt derzeit um die Gunst der Kunden. Der Wettbewerb sei „sehr intensiv“. Das Niveau von 2019 werde man trotz der EURO aber erst 2022 wieder erreichen, ergibt auch eine Studie von Branchenradar. Vor allem in den lang geschlossenen Wettlokalen ist die Frequenz weiterhin eher niedrig, weil

Public Viewing und Co. locken. Diese Freizeitangebote dämpfen insgesamt das Geschäft, heißt es von bet-at-home, einem der Web-Anbieter neben z. B. Interwetten und Unibet. Nichtsdestotrotz ist heuer für die Branche ein leichtes Plus zum Vorjahr möglich.

Immer mehr wetten online auf dem Handy

Wie überall hat Corona auch in der Zocker-Branche einen Digitalisierungsboom ausgelöst. Lag der Online-Anteil früher noch bei 50 Prozent, sind es mittlerweile zwei Drittel. „So eine massive Verschiebung hätte es ohne Corona sicher nicht gegeben“, bestätigt Admiral-Chef Irsigler. Viele der Kunden in den 250 Admiral-Filialen seien zu Online gewechselt, schon 70 Prozent nutzen ihr Smartphone, auch dieser mobile Anteil wächst.

„Im Durchschnitt setzen



Philip Newald, tipp3: Viele neue Wettkunden. ☺

☺ Auch die „klassische“ Wertschein-Abgabe ist beliebt, wenn auch im Abnehmen.



Foto: Mario Urbantschitsch

Während sonst im Sommer weniger gewettet wird, ist heuer das Interesse dank EM groß

unsere Kunden rund 10 Euro auf ihren Wertschein“, so Markus Prinz, vom Bundesliga-Sponsor Tipico, der rund 90% seines Geschäfts mit Fußballwetten macht.

Foto: Casinos Austria



Sogar in Kooperation mit über 1000 Trafiken bietet tipp3 Online-Wetten an, von denen der Trafikant indirekt mitprofitiert. „Das wird vor allem von Jüngeren gut angenommen“, so Newald.

Firmen locken mit gratis Tipps und Boni

Um möglichst viele Kunden bei der EM zu gewinnen, werben die Anbieter mit Aktionen. Sehr häufig

sind Gratis-Tipps (z. B. 5 Euro) oder „Boni“, die das Startguthaben von z. B. hundert Euro verdoppeln. Achtung: Diese „Zuckerln“ sind an Bedingungen geknüpft, so muss das Bonus-Geld mehrmals gesetzt werden und das auch mit einer Mindestquote. Es lohnt sich jedenfalls, die Bedingungen genau durchzulesen, denn: Geschenkt wird einem selten etwas.

Peter Stadlmüller



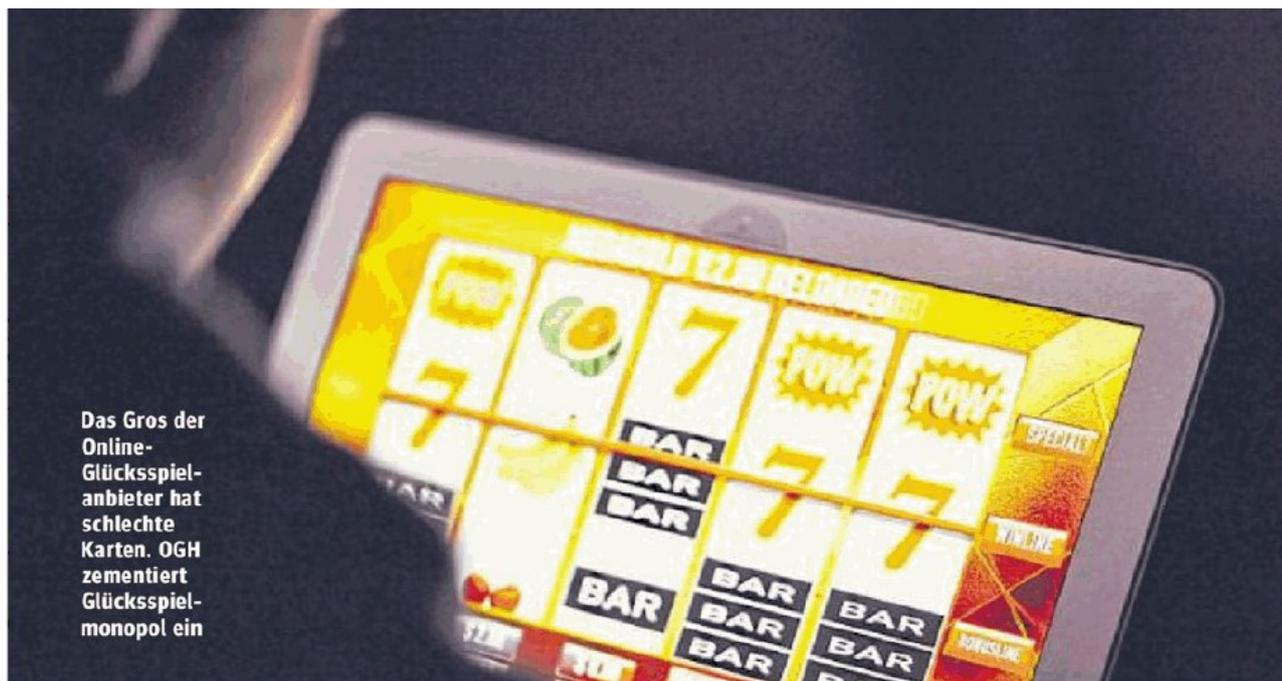
Foto: Admiral

Jürgen Irsigler, Admiral: Zwei Drittel wetten schon online.



Foto: Tipico

Markus Prinz, Tipico: 90 Prozent Fußball, danach Tennis.



Zocker können Rückzahlung der Verluste einfordern

OGH-Urteil. Anbieter von unerlaubten Online-Glücksspielen rechtlich unterlegen

VON KID MÖCHEL
UND DOMINIK SCHREIBER

Sie verzocken im Internet an Einarmigen-Banditen, beim Roulette oder Poker Haus und Hof; in der Folge bricht die Familie auseinander, die Scheidung steht ins Haus und am Ende schlittern sie mit einem Schuldenberg in den Privatkonkurs – die Glücksspielsucht kennt meist keine Schmerzgrenzen.

„Jeder dritte Österreicher hat Spielschulden. Auffällig ist dabei, dass die Leute dann zum Zocken anfangen, wenn sie private Probleme haben und sich zum Beispiel in der Familie ein schwerer Krankheits- oder ein Todesfall ereignete. Das sind sehr schlimme Geschichten“, plaudert Anwalt Sven Thorstensen aus der Schule. „Oft wird die Zockerei auch vor dem Ehepartner verheimlicht.“

Fakt ist: Der Durchschnittsverlust eines Online-Gamblers beträgt 30.000 Euro, der größte Schaden rund 2,5 Millionen Euro.“ In letzterem Fall hat der Spieler

laufend in die Kasse seines Unternehmens gegriffen.

Nun liegt ein richtungsweisendes Urteil (3 Ob 72/21s) des Obersten Gerichtshof (OGH) gegen den Anbieter ElectraWorks (bwin) mit Sitz in Gibraltar vor, das Spielern ermöglicht, das verzockte Geld auf dem Klageweg zurückzuholen.

Prozessfinanzierer

Eine Burgenländerin hatte bei diversen Online-Glücksspielen auf www.bwin.at in sechs Jahren in 73.536 Euro verzockt. Sie brachte mithilfe des Prozessfinanzierers AdvoFin bei Gericht vor, dass diese Spiele dem österreichischen Glücksspielmonopol widersprechen und somit unerlaubt sowie unwirksam seien. ElectraWorks sei verpflichtet, die erlittenen Verluste zu ersetzen. Und sie hat vom OGH Recht bekommen.

Was die wenigsten wissen ist, dass man das Geld dann zurückholen kann, wenn man bei Playern wie ElectraWorks (bwin), Interwetten, Mr. Green, bet365,

bet-at-home, William Hill oder Unibet gezockt hat. Diese bieten Online-Glücksspiele in Österreich an, obwohl sie keine österreichische Konzession haben.

In Österreich haben nur die Casinos Austria mit ihrer Plattform win2day eine staatliche Lizenz fürs elektronische Glücksspiel.

Und genau hier hakt der Prozessfinanzierer AdvoFin ein. Er bietet geschädigten Zockern an, risikolos das Geld zurückzuholen. Dabei trägt der AdvoFin die Prozesskosten und kassiert aber im Erfolgsfall 37 Prozent des Rückzahlungserlöses.

AdvoFin-Anwalt Thorstensen hat 600 Klagen gegen illegale Casino-Anbieter eingbracht, 300 weitere Klagen stammen von anderen AdvoFin-Anwälten.

Der gesamte Streitwert beträgt laut AdvoFin-Chef Gerhard Wüest 61 Millionen Euro. 110 Klagen hat Thorstensen bisher gewonnen und kein Verfahren verloren.

Im aktuellen Fall der Burgenländerin hatte der Anbie-

ter die Höhe der Verluste gar nicht bestritten. Er brachte indessen vor, dass das österreichische Glücksspielmonopol gegen EU-Recht und gegen die EU-Dienstleistungsfreiheit verstoße. Außerdem verfüge ElectraWorks über gültige Glücksspiellizenzen aus anderen EU-Staaten.

Der OGH hat nun ein Machtwort gesprochen. Laut Höchstgericht verstößt das österreichische Glücksspiel-Konzessionssystem nicht gegen die Rechtsprechung des EuGH. Gerechtfertigt sei es vor allem dann, „wenn es insbesondere das Ziel hat, die Spieler zu schützen und Straftaten im Zusammenhang mit Glücksspielen zu bekämpfen“.

„Nun haben der Verwaltungsgerichtshof, der Verfassungsgerichtshof und der OGH festgestellt, dass das österreichische Glücksspielmonopol europarechtskonform ist“, sagt AdvoFin-Chef Gerhard Wüest. „Alle anderen dürfen in Österreich kein Online-Glücksspiel anbieten.“

„www.casinoonline.de“, 26.06.2021



Löwen Entertainment wirbt mit Sitcom für neues Online-Casino

Novo Interactive ist eine Tochtergesellschaft von Löwen Entertainment (Quelle: LÖWEN-Gruppe)

Novo Interactive, ein Tochterunternehmen des Glücksspielriesen Löwen Entertainment, startet zum Launch seines neuen Novoline Online-Casinos das Show-Format „Wir gehen online“. Die Werbekampagne werde aus Sitcom-artigen Episoden bestehen und eine fiktive Marketing-Abteilung für die Neuausrichtung der Marke Novoline zum Thema haben, berichtete die Werbefachzeitschrift *Werben & Verkaufen* (W&V) am Freitag.

Laut dem Magazin steht die Kampagne im Zusammenhang mit der Legalisierung des Online-Glücksspiels am 1. Juli. Dann biete Novoline erstmals auch virtuelle Automaten Spiele statt physischer Geldspielgeräte an.

Für Konzept und Umsetzung der Kampagne sei die Agentur Rapid Peaks verantwortlich. Produziert würden die Episoden von der Filmproduktion eitelsonnenschein.

Sitcom-Formate sind keine Neuheit in der Glücksspielwerbung. Erst vergangene Woche hatte der irische [Glücksspielanbieter Paddy Power](#) eine Sitcom mit dem Titel „The VAR Room“ vorgestellt. Pünktlich zur Fußball-Europameisterschaft geht es in der Comedy um die Arbeit von Videoschiedsrichtern in England.

Worum geht es in der Show?

Im Mittelpunkt der Pilotsendung von „Wir gehen online“ und fünf weiteren Folgen von fünf bis sieben Minuten Länge stünden zwei selbsternannte Marketing-Experten, eine Grafikerin und drei Mitarbeiter von Novoline. Die Episoden seien im Stil von Serien wie „Stromberg“ oder „Modern Family“ gedreht und verfügten über Auftritte von „Special Guests“.

In den ersten Folgen gehe es um die Vorstellung der Protagonisten der Show, später um Guerilla-Marketing und den Launch des Online-Casinos von Novoline.

Das Format sei gewählt worden, „um die klassische Marke bei einem neuen und moderneren Konsumenten zu positionieren, der zunehmend jünger und weiblicher“ werde.

Die Glücksspielwerbung für jüngere Zielgruppen ist in vielen Ländern umstritten. Suchtforscher befürchten, dass problematisches Spielverhalten und Spielsucht durch Werbekampagnen für Glücksspiele zunehmen könnten. Gegen die [Glücksspielwerbung mit Sportpromis](#), die bei einem jungen deutschen Publikum bekannt sind, hatte sich erst vor Kurzem der ehemalige Fußball-Moderator Werner Hansch ausgesprochen. Ab dem 1. Juli soll die Werbung mit Prominenten in Deutschland verboten werden.

Gezeigt werden sollen die Filme auf Plattformen wie YouTube, Facebook und Instagram. Zudem seien weitere Anzeigen auf Google geplant. Inklusive Shares, Likes und Kommentaren rechne Novo Interactive mit über 71 Millionen Impressions (Aufrufen). Die Produktionskosten für die Kampagne hätten sich laut W&V auf etwa 700.000 Euro belaufen.

Als die ÖVP das strategische Geschick verließ

Die ÖVP hat rund um die Ermittlungen gegen ihre Spitzenpolitiker und den U-Ausschuss merkwürdige Fehler begangen. Jetzt findet sie sich in einer Sackgasse wieder: Die Angriffe gegen die Justiz fruchten nicht, der Konflikt mit dem U-Ausschuss führt zur ersten Exekution eines höchstrichterlichen Urteils gegen einen Minister. All das wäre vermeidbar gewesen.

Fabian Schmid, Katharina Mittelstaedt

Eigentlich hätte sich die ÖVP keine großen Sorgen machen müssen. Nachdem im Mai 2019 das Ibiza-Video ein innenpolitisches Erdbeben ausgelöst hatte, profitierte vor allem sie, die neue Volkspartei. Zwar rückten in der Causa Casinos rasch auch Türkise in den Fokus der Ermittler, doch politisch gefährlich war die Angelegenheit vor allem für die FPÖ. Auch heute wird wohl noch einige Zeit vergehen, bis es, wenn überhaupt, zu Anklagen kommt.

Und doch: Zahlreiche Probleme aus der türkisen Welt sind eskaliert – nach einer nahezu beispiellosen Serie an strategischen Fehlentscheidungen. Es gab eine Hausdurchsuchung beim amtierenden Finanzminister; der Kanzler wird als Beschuldigter geführt; es kam erstmals in der Geschichte Österreichs zu einer Exekution eines höchstrichterlichen Erkenntnisses gegen einen Minister durch den Bundespräsidenten. Man muss sagen: All das wäre vermeidbar gewesen.

Die Attacken gegen die Justiz

Zurück ins Frühjahr 2020: Das Coronavirus, das gerade in China entdeckt worden war, war medial höchstens eine Randnotiz. Für die ÖVP lief es bestens: Nach einem exzellenten Wahlergebnis hatte man erfolgreich

es dafür keine guten Gründe geben, wäre das Untreue. Schmid kam als Verbindungsglied zwischen Finanzminister Löger und den teilstaatlichen Casinos in die Ziehung; Pröll und Rothensteiner saßen dort im Aufsichtsrat. Es gab aber durchaus Argumente, warum ein neuer Casinos-Vorstand nötig war: Unruhe im Unternehmen, der bisherige Chef aus Tschechien galt nicht als besonders beliebt. Geldflüsse des damaligen Casinos-Miteigentümer Novomatic waren damals noch nur in Richtung eines FPÖ-nahen Vereins bekannt.

Erinnerungslücken im U-Ausschuss

Doch anstatt die Ermittlungen abzuwarten, katapultierten Kurz und sein Umfeld die Causa durch die heftigen Angriffe auf die WKStA ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Dasselbe geschah rund ein Jahr später, nachdem die WKStA eine Hausdurchsuchung bei Finanzminister Gernot Blümel durchgeführt hatte. Die ständigen Attacken auf die Justiz hielten das Thema nicht nur länger in den Schlagzeilen, als es das wohl sonst gewesen wäre, die Angriffe auf den Rechtsstaat sorgten auch für breite Empörung. Es wurde der Eindruck vermittelt: Die ÖVP hat etwas zu verbergen und schießt deshalb aus allen Rohren. Im Nachhinein sagen auch einige in der Volkspartei, dass das strategisch keine Meisterleistung

geschrieben hatte, dass er einen Termin bei Außenminister Kurz brauche. Der darauffolgende Satz hat sich inzwischen eingebrennt: Der Termin sei nötig wegen „erstens Spende zweitens Problem das wir in Italien haben“. Für die Ermittler ein klassisches Quidproquo, also: Die eine Hand wäscht die andere. Es folgte die Hausdurchsuchung bei Blümel.

Auch Sebastian Kurz und sein Kabinettschef Bernhard Bonelli zeigten sich vor dem U-Ausschuss recht zugeknöpft. Statt den Parlamentariern einen Blick hinter die Kulissen zu geben, antworteten sie auf die Frage nach der Bestellung des Öbag-Aufsichtsrats und von Öbag-Chef Thomas Schmid sehr formalistisch: Den Aufsichtsrat habe Löger bestellt, Schmid dann der Aufsichtsrat. Wieder waren es Chatnachrichten, die zeigten, dass Kurz und Bonelli in die Suche nach Aufsichtsratsmitgliedern involviert waren – und offenbar mit einer Bestellung von Schmid zum Öbag-Alleinvertand gerechnet haben. Das bescheide beiden Ermittlungen wegen des Verdachts auf Falschaussage: Die WKStA wirft ihnen vor, den Abgeordneten wesentliche Informationen vorenthalten zu haben.

Das Verhalten der ÖVP-Granden könnte damit zu tun haben, dass die Bestellung von Schmid sowie dessen Chatnachrichten hochnotpeinlich waren: Als Generalsekretär im

um die Frage, ob tatsächlich Druckerfestplatten vernichtet wurden. Während der Razzia bei Blümel ging seine über die Durchsuchung vorinformierte Lebensgefährtin mit Kind und gemeinsam benutztem Laptop spazieren – zur Polizei brachte den dann Blümels Kabinettschef, der mittlerweile selbst Beschuldigter ist.

Der U-Ausschuss, der im Sommer 2020 seine Arbeit aufnahm, kämpfte von Beginn an um die Lieferung von Akten. Zuerst wollten ÖVP und Grüne die Untersuchungsthemen beschneiden, was aber der Verfassungsgerichtshof (VfGH) ablehnte. Spätestens seit dann hatte die Opposition ständig das Gefühl, die ÖVP würde etwas vertuschen – auch aufgrund der Vorsitzführung durch Wolfgang Sobotka (ÖVP), der schon lange als gestandener Türkiser gelten darf. Und obwohl Sobotka auf verschiedene Weise mit der Novomatic verbunden war, erklärte er sich nicht für befangen. Im Lauf des U-Ausschusses forderten ihn alle anderen Parteien mehrfach auf, sein Amt zurückzulegen – ohne Folgen.

Auch rund um die Aktenlieferungen gab es Zwist. Regelmäßig verdächtigte die Opposition türkise Minister, nicht alle notwendigen Informationen geliefert zu haben. Im Jänner 2021 reichte es SPÖ, FPÖ und Neos: Sie riefen den Verfassungsgerichtshof an, um mehr Akten aus dem Finanzministerium zu erhalten.

Die Exekution

Das Höchstgericht entschied schon im März im Sinne der Opposition. Das Finanzministerium bot daraufhin über Wolfgang Peschorn, Präsident der Finanzprokurator, einen Kompromiss an: Alle Akten würden in einen Datenraum geliefert, dort dann mit vom U-Ausschuss bestimmten Suchbegriffen abgefragt und alle Treffer übermittelt. Die Opposition pochte allerdings auf die vollständige Umsetzung des VfGH-Erkenntnisses, also die komplette Lieferung. Auch in diesem Punkt gab der VfGH der Opposition schließlich recht: Er beauftragte Bundespräsident Alexander Van der Bellen im Mai dieses Jahres mit der Exekution des Urteils. Und plötzlich lieferte das Ministerium an den U-Ausschuss – nämlich sofort: Hunderte Kartons mit Ausdrucken standen noch am selben Tag im Parlament. Laut einer Mitarbeiterin des Finanzministeriums, die für den Vorgang zuständig war, seien die Kartons schon länger im Keller des Ministeriums gebunkert worden – sie sollte aber „Gespräche“ zwischen Peschorn und dem Untersuchungsausschuss abwarten.

Die eigenen E-Mails wurden von den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

„Ich kann für mich ausschließen, dass ich mich erinnern kann, dass das ein Thema war, ja.“

Finanzminister Gernot Blümel vor dem Ibiza-U-Ausschuss

die erste türkis-grüne Koalition der Geschichte verhandelt. Die Volkspartei hatte jede Chance, sich von den Skandalen des ehemaligen Koalitionspartners reinzuwaschen und einen Neustart zu probieren.

Kaum stand die Regierung, griff Kanzler Sebastian Kurz in einem Hintergrundgespräch die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) an. Die Ermittler hatten kurz zuvor wegen der Casinos-Affäre Hausdurchsuchungen beim damaligen Öbag-Chef Thomas Schmid, bei Ex-Finanzminister Hartwig Löger sowie beim früheren Vizekanzler Josef Pröll und beim Raiffeisen-Manager Walter Rothensteiner durchgeführt.

Die Verdachtsmomente sind relativ komplex: Im Grunde geht es um die Frage, ob der Vorstand der teilstaatlichen Casinos Austria AG (Casag) aus parteipolitischen Gründen vorzeitig aberufen und neu besetzt wurde. Die Auszahlung der alten Verträge kostete den Steuerzahler mehrere Millionen Euro; wenn

war. Und: Hat man je von den ebenfalls beschuldigten (Ex-)FPÖ-Politikern Norbert Hofer, Heinz-Christian Strache, Johann Gudenus oder Hubert Fuchs gehört, die WKStA gehöre „reformiert“ und zerschlagen?

Ähnliches gilt für die Auftritte türkiser Politprominenz im U-Ausschuss. Anfangs waren sie geprägt von Erinnerungslücken, später dann von Entschuldigungen mit Verweis auf laufende Ermittlungen. Besonders stach im Sommer 2020 die Befragung von Finanzminister Gernot Blümel hervor. Auf die Frage nach Spendenangeboten der Novomatic meinte er: „Ich kann für mich ausschließen, dass ich mich erinnern kann, dass das ein Thema war, ja.“

Hätte Blümel damals angegeben, dass er drei Jahre zuvor eine merkwürdige SMS von Novomatic-Chef Harald Neumann erhalten hatte, wäre ihm viel erspart geblieben. So entdeckte die WKStA in sichergestellten Smartphones, dass Neumann im Juli 2017 an Blümel

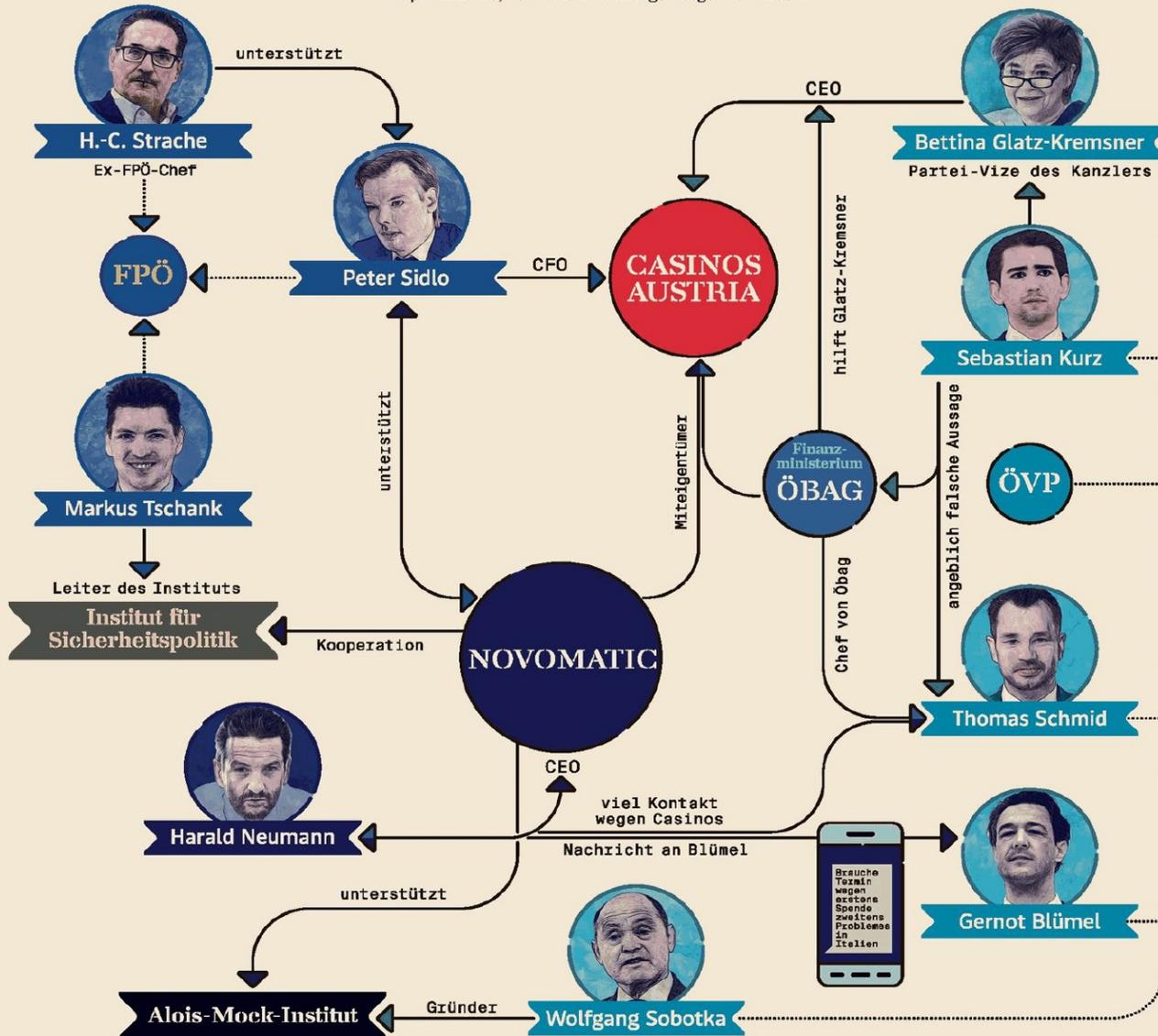
Finanzministerium arbeitete er am Umbau der Staatsholding Öbiv zur Öbag mit, während er auf den dortigen Chefesssel schiele. Die Ausschreibung dafür schrieb er mit und versuchte, sie auf sich zuschneiden zu lassen: „Ich bin aber nicht international erfahren.“ Zu Zeiten der türkis-blauen Regierung schrieb ihm Blümel, er solle sich um seine Zukunft keine Sorgen machen, denn er sei „Familie“. Den Verlust seines Diplomatentpasses, weil er zur Öbag wechselte, kommentierte Schmid so: „Reisen wie der Pöbel.“

Die Transparenz wird geschreddert

Merkwürdige Vorfälle irritieren die Opposition, aber auch die Grünen, schon seit Ibiza. Als klar war, dass Kurz im Nationalrat das Misstrauen ausgesprochen werden soll, schredderte ein enger Mitarbeiter unter falschem Namen Festplatten aus dem Kanzleramt bei der Firma Reisswolf. Bis heute wird in der Angelegenheit ermittelt – dabei geht es

Die politischen Verstrickungen in der Causa

Die Korruptionsstaatsanwaltschaft und der U-Ausschuss untersuchen, ob es „Deals“ rund um die Neubesetzung des Casinos-Vorstands und den Umbau der Staatsholding Öbag gegeben hat. Dazu werden auch Geldflüsse der Novomatic unter die Lupe genommen. Die Grafik bildet den Stand im April 2019 ab, bevor die Ermittlungen begonnen haben.



Recherche & Grafik: Fabian Schmid & Fatih Aydoğdu | DERSTANDARD

selbst herausgesucht und die Vollständigkeit der Datenübermittlung per Erklärung versichert. Das Kabinett des Finanzministers klassifizierte dann die Daten per Weisung in Stufe 3, also hoher Geheimhaltung. Es seien schließlich Gesundheitsdaten und andere sensible Informationen in den E-Mails enthalten.

Mit den hunderttausenden ausgedruckten Seiten konnte der U-Ausschuss aber nicht viel anfangen. Die Sichtung würde Monate dauern. Bei solchen Datenmengen sind Suchende auf eine digitale Suchfunktion angewiesen, wenn es schnell gehen soll – und das

Finanzministerium habe alles geliefert, was zu liefern war. Es würden hier doch bloß noch politische Spielchen gespielt. Oder wie es der türkische Generalsekretär Axel Melchior formuliert: „Die Opposition hat sich vereint mit einem einzigen Anliegen: Kurz muss weg.“

Türkische Strategien für den Sommer

Manche, auch bei den Grünen, wollen hinter diese Sätze eine neue Strategie erkennen: Kurz werde als Märtyrer in Stellung gebracht, der von allen Seiten bekämpft wird – womöglich auch schon in

was Sebastian Kurz schon vor langer Zeit versprochen hat: einen normalen Sommer.“

Aber wird das reichen? Sehen sich die Österreicherinnen und Österreicher wirklich in erster Linie nach Normalität? Sind die Ermittlungen gegen Kanzler und Finanzminister, die Angriffe auf die Justiz, die „ÖVP-Krise“ ein Thema für eine informierte Politblase, den meisten Menschen aber ist das alles egal? Einige Umfragen zeigen derzeit deutliche Verluste für die ÖVP. Generalsekretär Melchior gibt sich diesbezüglich gelassen: In Umfragen, die von der Partei in Auftrag gegeben wurden, liege die ÖVP bei 34 Prozent. Zweiter sei die SPÖ mit großem Abstand. Er gehe davon aus, dass von den Ermittlungen gegen Kurz schlussendlich nichts übrig bleibe. Und überhaupt: „Alle anderen Parteien leiden an Themenarmut.“

Am 28. August wird die ÖVP ihren Parteitag abhalten, Kurz sich der Wiederwahl stellen. In manchen ÖVP-Kreisen wird sehr wohl gemeuchelt, was die Partei tun würde, sollte Kurz – etwa aufgrund einer Verurteilung – tatsächlich gehen müssen. Doch eigentlich ist allen klar: „Der Sebastian“ ist derzeit unersetzlich – trotz allem.

So hofft die ÖVP auf einen ausgelassenen Sommer, gutes Wetter – und dass sich alles andere schon legen wird. Ein Ass hat man ja auch noch im Ärmel: Rund um den Parteitag soll das Thema Sicherheit größer gespielt werden – und mit „Sicherheit“, da ist vor allem „Migration“ gemeint.

GLOSSAR

Casinos Austria AG: Gehörte unter Türkis-Blau zu 34 Prozent der tschechischen Sazka, zu 33 Prozent der Republik. Beide kämpften darum, die Novomatic mit ihren 17 Prozent als Partner zu gewinnen.

Öbag: Die Staatsholding verwaltet die Anteile der Republik an beispielsweise Casinos, OMV und Bundesimmobiliengesellschaft. War vor April 2019 die Öbiba, dann übernahm auch Alleinvorstand Thomas Schmid – bis Juni 2021.

Novomatic: Größter privater Glücksspielkonzern Österreichs. Sucht seit Jahrzehnten die Nähe der Politik; ist auf Glücksspielgesetzgebung angewiesen. Zahlt laut Strache auf Ibiza „alle“, was er und Novomatic dann bestritten.

Vereine: Strache erzählte auch, man könne „am Rechnungshof vorbei“ an Parteien spenden – über Vereine. Novomatic kooperierte mit vielen parteinahen Organisationen, zum Beispiel dem ISP und dem Mock-Institut. (red)

„Die Opposition hat ein einziges Anliegen: Kurz muss weg.“

ÖVP-Generalsekretär Axel Melchior

muss es: Am 15. Juli stoppt der Ibiza-U-Ausschuss seine Beweisaufnahme. Einer Verlängerung haben die Regierungsparteien nicht zugestimmt. Ein neuer U-Ausschuss müsste die Akten erneut beantragen. Die Zeit läuft.

Schlussendlich hat das Finanzministerium die Daten elektronisch nachgeliefert. Die Opposition sagt: Das ist weiterhin nicht alles. Deshalb beauftragte Van der Bellen am Donnerstag das Straflandgericht Wien mit der Beschaffung sämtlicher Daten – es ist ein historisch einmaliger Vorgang.

In der ÖVP ist man sich sicher: Die Exekution wird nichts Neues zutage bringen. Das

Vorbereitung auf einen möglichen Wahlkampf. Wobei zumindest baldige Neuwahlen derzeit eigentlich niemand will.

Ganz im Gegenteil, vorerst hofft die ÖVP vor allem auf eines: den Sommer. Am Freitag wurden die Plakate der türkischen Sommerkampagne präsentiert. Man sieht darauf Kurz im Gespräch „mit Menschen“, lachende Kinder im Freien, den Kanzler im Hemd ohne Krawatte. „Die Pandemie gemeistert, die Krise bekämpft“ steht auf den Sujets einleitend. Und dann Slogans wie: „Gemeinsam nach vorne schauen“. In der ÖVP wird begleitend derzeit lautstark betont: „Jetzt haben wir das,

„www.industriemagazin.at“, 25.06.2021

Novomatic AG: Hohe Umsatzeinbußen für Glücksspielkonzern

Die Corona-Krise hat den niederösterreichischen Glücksspielkonzern Novomatic hart getroffen. Der Umsatz brach 2020 um ein Drittel auf 1,74 Milliarden Euro ein.

Novomatic ist einer der größten Gaming-Technologiekonzerne der Welt und beschäftigt rund 21.000 Mitarbeiter. Die Unternehmensgruppe verfügt über Standorte in mehr als 45 Ländern und exportiert Hightech-Gaming-Equipment in rund 90 Staaten. Der Wettbewerbsvorteil von Novomatic ergibt sich durch die einzigartige Kombination als Betreiber von Spielstätten sowie als Produzent von Gaming-Equipment.

Das Unternehmen betreibt selbst rund 1.900 elektronische Casinos, Spielbanken sowie Sportwettfilialen. Weiters entwickelt und vertreibt der Konzern Technologien, Systemlösungen und Dienstleistungen in der ganzen Welt.

Novomatic ist einer der weltweit führenden Hersteller von Gaming-Equipment und technologischer Leader bei serverbasiertem Glücksspiel und Video Lottery Terminals mit einer klaren Marktführerschaft u.a. in Deutschland, Großbritannien, Italien, Spanien, Niederlande, Österreich.



Vorstand der Novomatic AG: Johannes Gratzl und Ryszard Presch

Das Jahr 2020 war allerdings auch für den Gaming-Technologiekonzern mehr als herausfordernd, wie der Vorstand der Novomatic AG, *Johannes Gratzl und Ryszard Presch*, erläutern:

„Die Covid-19-Pandemie hatte einen massiven Einfluss auf das Geschäftsergebnis 2020 der Novomatic AG. Insbesondere aufgrund der mehrmonatigen Lockdowns und der damit verbundenen Schließungen der internationalen Spielbetriebe (Casinos, Spielhallen, Wettbetriebe) reduzierte sich der Konzernumsatz im Geschäftsjahr 2020 von 2.607,3 Mio. EUR im Vorjahr auf 1.743,6 Mio. EUR 2020. Dies entspricht einem Rückgang -33,1 % bzw. einem Umsatzausfall von rund vier Monaten im Vergleich zu 2019. Alleine in Österreich gingen die Umsätze im Geschäftsjahr 2020 um mehr als 100 Millionen Euro zurück, was insbesondere auf die Schließung sämtlicher Admiral-Filialen für mehrere Monate zurückzuführen ist. Dennoch hatte für Novomatic in diesem herausfordernden Jahr die Sicherheit und Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die höchste Priorität und es freut uns sehr, dass alle operativen Mitarbeiter gehalten werden konnten. Wir erwarten, dass der volle Geschäftsbetrieb etwa ab der zweiten Jahreshälfte 2021 wieder aufgenommen werden kann. Einen vorsichtig positiven Ausblick gibt der Online-Bereich, wo 2020 Zuwächse erzielt werden konnten. Insgesamt hoffen wir, dass sich der Umsatz in sämtlichen Geschäftssegmenten im zweiten Halbjahr 2021 wieder stabilisiert und wir 2022 wieder an die Zahlen von 2019 anknüpfen können.“

„www.kurier.at“, 25.06.2021



Admiral: Spielerschutz-Auszeichnung erneut bestätigt

Wieder weltweit strengste Zertifizierung für Glücksspiel- und Sportwettenanbieter Admiral. Schutzmaßnahmen über gesetzlichen Anforderungen.

Zertifizierungen in Sachen Spielerschutz werden in der internationalen Gaming-Industrie immer wichtiger für die Bewerbungen um Lizenzen und Konzessionen. Das Glücksspiel- und Sportwettenunternehmen Admiral hat als erster österreichischer Anbieter nach eigenen Angaben die Rezertifizierung der Global Gambling Guidance Group (G4), dem weltweit strengsten internationalen Spielerschutzstandard, erfolgreich bestanden.

Die Auszeichnung ist weltweit anerkannt und deckt alle Geschäftsbereiche eines Glücksspielunternehmens ab und bestätigt und garantiert die Effektivität der über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehenden Spielerschutzmaßnahmen, meldet das Unternehmen in einer Aussendung.

Im Zuge der Rezertifizierung wurden rund 100 Spielerschutzkriterien durch unabhängige Auditoren der G4 überprüft und bewertet. Die Analyse umfasste unter anderem interne Richtlinien, Spieler- und Jugendschutzmaßnahmen, Marketingaktivitäten, Möglichkeiten zur Selbstlimitierung bzw. -sperre und Informationsmaterialien für Kundinnen und Kunden.

"Als der führende Sportwettanbieter in Österreich ist es uns ein wesentliches Anliegen, unseren Kundinnen und Kunden ein sicheres und reguliertes Umfeld zu gewährleisten. Mit freiwillig auferlegten Schutz- und Präventionsmaßnahmen übernehmen wir gesellschaftliche Verantwortung für diese sensible Dienstleistung. Dafür wurden wir nun von internationaler Seite wiederholt ausgezeichnet“, freut sich Jürgen Irisigler, Geschäftsführer Admiral Sportwetten GmbH, über die Rezertifizierung.



Monika Racek, Chefin der Admiral Casinos&Entertainment AG © Bild: Admiral

Admiral Österreich sehe den nachhaltigen und umfassenden Spielerschutz als wesentliches Kernelement der Marktpositionierung. „Die Auszeichnung mit dem G4-Zertifikat zeigt deutlich, dass wir nicht nur in Österreich, sondern auch international zu den führenden Unternehmen im Bereich Spielerschutz gehören. Um unsere Vorreiterrolle im Spielerschutz abzusichern, arbeiten wir – unter Einbindung wissenschaftlicher Expertise – permanent an der Optimierung unserer Präventionsmaßnahmen, die oft über das gesetzlich vorgeschriebene Ausmaß hinausgehen“, sagt Monika Racek, Vorstandsvorsitzende Admiral Casinos & Entertainment AG.

Marktführer

Die Admiral-Gruppe gehört zum niederösterreichischen Glücksspielkonzern Novomatic und ist Marktführer im österreichischen Wettgeschäft. Die Casinos&Entertainment AG ist mit 2244 Glücksspielgeräten an 148 Standorten in den fünf Bundesländern Burgenland, Kärnten, Nieder- und Oberösterreich sowie der Steiermark präsent.

„www.boerse-express.com“, 25.06.2021

ADMIRAL: Höchster Spielerschutzstandard erneut bestätigt



Wiener Neudorf / Gumpoldskirchen (OTS) - Für den österreichischen Glücksspiel- und Sportwettanbieter ADMIRAL haben Spielerschutz und Spielsuchtprävention oberste Priorität. Nach einer erfolgreichen Zertifizierung durch die internationale, unabhängige Global Gambling Guidance Group („G4“) im Jahr 2019 wurde der verantwortungsvolle Spieler- und Jugendschutz bei ADMIRAL in einem umfassenden Rezertifizierungsprozess erneut bestätigt.

Das Glücksspiel- und Sportwettunternehmen ADMIRAL hat als erster österreichischer Anbieter die Rezertifizierung der Global Gambling Guidance Group (G4), dem weltweit strengsten internationalen Spielerschutzstandard, erfolgreich bestanden.

Die unter Experten als weltweit anerkannteste Auszeichnung, welche alle Geschäftsbereiche eines Glücksspielunternehmens abdeckt, bestätigt das Engagement von ADMIRAL für verantwortungsvolles Glücksspiel sowie Sportwetten und garantiert die Effektivität der weit über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehenden Spielerschutzmaßnahmen.

Im Zuge der Rezertifizierung wurden rund 100 Spielerschutzkriterien durch unabhängige Auditoren der G4 überprüft und bewertet. Die Analyse umfasste unter anderem interne Richtlinien, Spieler- und Jugendschutzmaßnahmen, Marketingaktivitäten, Möglichkeiten zur Selbstlimitierung bzw. -sperre und Informationsmaterialien für Kundinnen und Kunden.

ADMIRAL bewies dabei erneut, den höchsten Standards für verantwortungsvolles Glücksspiel und Sportwetten zu entsprechen. „Als der führende Sportwettanbieter in Österreich ist es uns ein wesentliches Anliegen, unseren Kundinnen und Kunden ein sicheres und reguliertes Umfeld zu gewährleisten. Mit freiwillig auferlegten Schutz- und Präventionsmaßnahmen übernehmen wir gesellschaftliche Verantwortung für diese sensible Dienstleistung. Dafür wurden wir nun von internationaler Seite wiederholt ausgezeichnet“, freut sich Jürgen Irsigler, Geschäftsführer ADMIRAL Sportwetten GmbH, über die Rezertifizierung.

Spielerschutz als Unternehmensschwerpunkt

ADMIRAL Österreich sieht den nachhaltigen und umfassenden Spielerschutz als wesentliches Kernelement der Marktpositionierung. „Die Auszeichnung mit dem G4-Zertifikat zeigt deutlich, dass wir nicht nur in Österreich, sondern auch international zu den führenden Unternehmen im Bereich Spielerschutz gehören. Um unsere Vorreiterrolle im Spielerschutz abzusichern, arbeiten wir – unter Einbindung wissenschaftlicher Expertise – permanent an der Optimierung unserer Präventionsmaßnahmen, die oft über das gesetzlich vorgeschriebene Ausmaß hinausgehen“, setzt sich Monika Racek, Vorstandsvorsitzende ADMIRAL Casinos & Entertainment AG, neue Ziele.

Besonders hervorgehoben hat Pieter Remmers, Auditor und Vorstand G4, dass die hohen Spielerschutzstandards tagtäglich in der operativen Praxis angewendet würden. Es sei deutlich zu erkennen, dass das verantwortungsvolle Anbieten der Dienstleistungen dem Zweck diene, den Kunden bestmöglich zu schützen. Der deklarierte Fokus von ADMIRAL liege dabei auf der Aufrechterhaltung der Gesundheit der Kunden.

Über ADMIRAL

ADMIRAL ist die operative Dachmarke der NOVOMATIC AG, einem internationalen Gaming-Technologiekonzern. Als Teil eines weltweit tätigen Konzerns und Marktführers der Gaming Technologie-Branche – der NOVOMATIC AG – kann ADMIRAL auf das seit mehreren Jahrzehnten bestehende Know-how in den Bereichen Sportwetten, Gaming Terminals und Gaming-Technologie eines Global Players zurückgreifen. Darüber hinaus pflegt ADMIRAL seit Jahren ihre österreichischen Wurzeln, die in Gumpoldskirchen liegen.

Die ADMIRAL Sportwetten GmbH bietet mit mehr als 30 verschiedenen Sportarten und mit über 20 Buchmachern ein breites Sportwetten-Angebot und ist Nummer 1 im österreichischen Wettgeschäft. Die ADMIRAL Casinos & Entertainment AG ist im Rahmen der Landesausspielungen Bewilligungsinhaberin für den Betrieb von 2.244 Glücksspielgeräten an 148 Standorten in fünf Bundesländern (Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich und Steiermark).



Finanzminister Gernot Blümel musste am Donnerstag zum dritten Mal im U-Ausschuss aussagen. Er sagte aber nicht viel.

[imago]

Richter sucht Akten im Finanzressort

U-Ausschuss. Finanzminister Blümel hat keine Mail-Adresse, dafür viele juristische Probleme. Bundespräsident Van der Bellen schlichtet den Streit zwischen ihm und der Opposition per Gericht.

VON ANNA THALHAMMER

Wien. Der U-Ausschuss startete am Donnerstag mit einer eigenwilligen Situation. Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka führte den Vorsitz bei der ersten Befragung von Finanzminister Gernot Blümel – um kurz darauf selbst auf dessen Stuhl als Zeuge zu wechseln.

Blümel war zum dritten Mal im U-Ausschuss, dieses Mal mit Beschuldigtenstatus. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) hat auf sichergestellten Handys Chats zwischen ihm und Novomatic-Chef Harald Neumann gefunden. Im Jahr 2017 sprach dieser (undefiniert) von Spenden und gleich darauf davon, einen Termin beim damaligen Außenminister, Sebastian Kurz, haben zu wollen. Neumann wollte offenbar bei Problemen in Italien um Hilfe bitten. Novomatic war aufgrund neuer Glücksspielregelungen zu hohen Straf- und Nachzahlungen verdonnert worden. Kurz traf eine Woche nach diesen SMS den italienischen Außenminister, will mit ihm darüber aber nicht gesprochen haben.

Im Jahr 2020 gab es nochmals einen Versuch der Novomatic,

über das Finanzamt ein Konsultationsverfahren mit Italien zu erreichen. Das Finanzministerium sagte gegenüber der „Presse“, davon nichts gewusst zu haben. Dazu und zu vielen anderen Dingen hatten die Abgeordneten viele Fragen an Blümel, der häufig von seinem Aussageverweigerungsrecht als Beschuldigter Gebrauch machte. Dabei hatte er offensiv begonnen: In seinem Eingangsstatement kritisierte er die Opposition scharf und warf ihr vor, mit dem Strafrecht Politik zu machen.

Am Ende der Befragung sorgte Blümel noch einmal für Verwunderung. Er gab an, nicht nur keinen eigenen Laptop, sondern auch keine eigene Mail-Adresse zu haben.

Der Präsident muss schlichten

Blümel wirkte von den letzten Monaten gezeichnet und müde – denn die Ermittlungen gegen ihn sind nicht die einzige juristische Front, an der er kämpft. Weil das Finanzministerium nach Einschätzung der Opposition nicht genug Akten geliefert hatte, forderte der Verfassungsgerichtshof zu weiteren Nachlieferungen auf. Zuerst kam gar nichts, dann gab es einen

Exekutionsantrag. Dann kam auch nichts – erst nach einer Aufforderung des Bundespräsidenten wurde dem nachgekommen. Weil von manchen Mitarbeitern nur einzelne Mails vorlagen, beschwerte sich die Opposition noch einmal und Van der Bellen musste schließlich wieder einschreiten. Er beauftragte nun das Straflandesgericht am Donnerstag im Detail mit der Exekution.

Das sechsseitige Schriftstück sieht sogar die Anwendung von Zwangsmaßnahmen vor. Ein Zufallsgenerator hat eine Haft- und Rechtsschutzrichterin ausgewählt, die sich um die Umsetzung der Anordnung, die es so erstmals in der Geschichte gibt, kümmern wird. Die Zeit drängt: Im U-Ausschuss ist in zwei Wochen Beweismittelaufnahmeschluss. Ob die gewünschten Akten überhaupt da sind (Blümel sagt, sie seien teils gelöscht) – und rechtzeitig geliefert werden können, ist fraglich.

„Es steht Aussage gegen Aussage,“ konstatiert Van der Bellen in der Begründung, unter Hinweis auf diverse Schreiben der beiden Seiten. Dem Bundespräsidenten sei aber eine Beurteilung, ob die Daten „nun nicht oder doch voll-

ständig vorgelegt wurden, nicht möglich“. Blümel argumentierte seine Haltung nach dem VfGH-Urteil im U-Ausschuss noch einmal mit juristisch schwierigen Detailfragen und Fürsorgepflichten gegenüber seinen Mitarbeitern.

Sobotka im Zeugenstand

Nach Blümel übernahm die Zweite Nationalratspräsidentin, Doris Bures, den Vorsitz, denn Wolfgang Sobotka musste selbst in den Zeugenstand. Zum zweiten Mal. Zuhörer hatten ein Déjà-vu. Die Fragen waren teils dieselben, drehten sich vielfach um das Alois-Mock-Institut und die Geldflüsse von Novomatic in diese Richtung. Sobotka sagte – wieder –, dass es sich nicht um Spenden gehandelt habe, sondern dass dem Leistungen entgegengestanden seien.

Das Alois-Mock-Institut ist ein Verein in Niederösterreich, Sobotka dessen Präsident. Es gab eine Anzeige rund um vermutete unerlaubte Parteispenden, ums Eck. Die Staatsanwaltschaft sah aber offenbar keinen Anfangsverdacht. Die Anzeige wurde vergangene Woche ad acta gelegt. Die Befragung war wie bei Blümel zäh, mit wenig neuem Erkenntnisgewinn.

„Kronen Zeitung OÖ“, 25.06.2021

► Ein Casino-Betreiber im Dauerclinch mit der Finanz jubelt

Ein Linzer Richter gibt

► Bescheide über Einziehung von Automaten werden regelmäßig aufgehoben:

illegalem Glücksspiel Recht!



Auf der Homepage von Casino-Betreiber CCC, der – wie berichtet – auch mit einem Gutachten des Linzer JKU-Europarechtlers (und SPÖ-Politikers) Franz Leidenmühler gegen die Finanz kämpft, wird das jüngste Erkenntnis aus Oberösterreich gegen die Beschlagnahmung von Spielautomaten bejubelt.

91 nicht genehmigte Glücksspielautomaten wurden dieser Tage quer durch Österreich, auch in Linz und Wels, beschlagnahmt, jubelte die Finanzpolizei. Doch am OÖ Landesverwaltungsgericht

werden „Einziehungsbescheide“ für solche illegalen Glücksspielgeräte vom zuständigen Einzelrichter regelmäßig „ersatzlos aufgehoben“. Über sein jüngstes Urteil jubelt gerade ein Casino-Betreiber.

Auf der Homepage des im Dauerclinch mit der Finanz stehenden Glücksspielunternehmens Concord Card Ca-

sino (CCC) wird das bisher jüngste Urteil des Linzer Einzelrichters bejubelt, siehe Faksimile des Titelblatts

(mehr ist dort noch nicht zu lesen). Dieser hebt regelmäßig solche Einziehungsbescheide auf, mit einer ausführlichen juristischen Begründungen, warum er das österreichische Glücksspielgesetz für europarechtswidrig hält. Nämlich wegen des darin verankerten Monopolsystems, „und zwar vornehmlich deshalb, weil tatsächlich nicht Spielerschutz und Suchtvorbeugung, sondern Konkurrenzschutz zugunsten der Bewilligungsinhaber und Sicherung der Abgabeneinhebung die Primärziele der staatlichen Kontrollmaßnahmen bilden“, so ein Zitat aus dem Urteil. Dass höhere Instanzen, „angestiftet“ vom Finanzministerium, die Entscheidungen des Linzer Richters regelmäßig aufheben, sieht er eher als Bestätigung seiner Argumentation.

Übrigens, FPÖ-Klubchef Herwig Mahr betont, dass FPÖ und ÖVP kürzlich sehr wohl eine Resolution an den Bund zur Verschärfung des Glücksspielrechts und zur Stärkung des Spielerschutzes mitbeschlossen haben – wenn auch eine andere, als die von der SPÖ vorgeschlagene mit dem Verbot aller Glücksspielautomaten. pö

„Die Presse“, 24.06.2021

Wurde für Novomatic interveniert?

U-Ausschuss. Nationalratspräsident Sobotka war Kurzzeitbeschuldigter. Ex-Justizminister Moser erklärte Weisungen, Ministerin Köstinger die ÖVP-Spenden. Und Blümel wird hart befragt werden.

VON ANNA THALHAMMER

Wien. Der U-Ausschuss startet am Mittwoch mit großer Aufregung. Gegen Wolfgang Sobotka liege ein Ermittlungsverfahren vor, berichtet die Justiz dem Parlament. Sobotka wird bleich um die Nase, sagt, er wisse von nichts. Kein Wunder, es handelt sich um eine Falschinfo. Schon wieder.

Man versucht die große Verwirrung aufzuklären. Auf Nachfrage im Justizressort stellt sich heraus: Sobotka wird doch nicht als Beschuldigter geführt. Richtig ist: Es gibt eine Anzeige wegen vermunteter Falschaussage im U-Ausschuss. Sie dreht sich um die Frage, wie gut Sobotka den flüchtigen Wirecard-Vorstand, Jan Marsalek, kennt. Und was bei einem gemeinsamen Essen in Moskau gesprochen wurde. Sobotka sagte damals im U-Ausschuss: „Ich weiß ja nicht, wen ich wo getroffen habe. Tut mir leid.“ Tatsächlich gibt es aber ein Foto, wo Sobotka neben Marsalek sitzt. Er soll eine größere Delegation dabei gewesen sein.

Sobotka, der am Donnerstag als Auskunftsperson geladen ist, ist übrigens nicht der Erste, dem im Rahmen des U-Ausschusses fälschlicherweise ein Beschuldigtenstatus angedichtet wurde. Auch Casinos-Chefin Bettina Glatz-Kremsner wurde zu Beginn ihrer Befragung informiert, dass gegen sie ermittelt werde. Auch sie wusste von nichts. Auch in diesem Fall hatte die Justiz geschlampt.

Streithähne in der Justiz

Das Chaos in der Justiz ist auch Gegenstand der Befragung von Ex-Justizminister Josef Moser, die sich vor allem um die Rollen der Wirtschaftsaufsichts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) und des suspendierten Sektionschefs Christian Pilnacek dreht. Seit Beginn des U-Ausschusses wird darum gestritten, wer nach Erscheinen des Ibiza-Videos wem welche Weisungen erteilt hatte. Die WKStA fühlte sich in ihrer Arbeit gebremst. In einem E-Mail findet sich die Formulierung von Pilnacek, dass der „WKStA keine aktive Rolle“ zukommen sollte. Pilnacek hatte stets betont, dass es um die Pressearbeit gegangen sein soll. Die wollte man im ersten Chaos nach Erscheinen des Videos vorerst bei



Ex-Justizminister Josef Moser sollte seine Wahrnehmungen zu den Streitereien in der Justiz schildern. [~]

der Oberstaatsanwaltschaft bündeln. Der WKStA war die Erklärung zu dünn. Moser bestätigte aber Pilnaceks Version, sagte, er habe diesbezüglich eine Weisung erteilt. Moser berichtet auch von einer zweiten Weisung. Nämlich dass er Pilnacek gebeten habe, die WKStA anzuweisen, das Ibiza-Video herbeizuschaffen.

Als zweite Auskunftsperson kommt Tourismusministerin Elisabeth Köstinger. Anfangs war nicht klar, ob sie aussagen dürfe. Grund: Sie tauchte mit ÖVP-Anwalt Werner Suppan auf, der aber selbst geladen ist. Die Opposition meldet Zweifel an, will Köstinger heimschicken – der Verfahrensrichter entscheidet anders. Mehrere Abgeordnete geben zu Protokoll, die Befragung nur unter Protest fortzuführen. Sie haben dann aber doch viele Fragen zu Spendensammlungen in ihrer Zeit als ÖVP-Generalsekretärin. Es gibt auch viele Fragen zur Wahlkampfkostenobergrenze, die 2017 massiv überschritten wurde. Die ÖVP

musste hohe Strafen zahlen. Köstinger antwortet nur widerwillig – unterm Strich sagt sie nur wenig. Und betont, dass man sich bemüht hatte, diese einzuhalten. Bei vielen anderen Fragen verwies sie auf den damaligen Bundesgeschäftsführer Axel Melchior.

Blümel im Kreuzverhör

Morgen, Donnerstag, wird ein spannender Tag. Finanzminister Gernot Blümel ist geladen. Er wird als Beschuldigter geführt, weil bei ihm Chats mit Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann aus dem Jahr 2017 gefunden wurden. Neumann bat um einen kurzen Termin mit Kanzler Sebastian Kurz, offenbar mit dem Vorsatz, ihn um Hilfe zu bitten. Novomatic hatte damals Probleme in Italien, weil wegen neuer Gesetze hohe Steuerzahlungen drohten. Blümel und auch Kurz (der eine Woche nach den Chats einen Termin mit dem damaligen italienischen Außenminister hatte) hatten stets bestritten, dass im Sinne Novomatics interve-

niert worden wäre. Der „Presse“ liegen nun E-Mails aus dem Jahr 2020 vor. Die Steuerberatungskanzlei Ernst & Young hatte sich im Namen von Novomatic noch einmal an das Finanzministerium gewandt. Oder genauer gesagt an einen Abteilungsleiter des Finanzamts. Es wurde wieder darum gebeten, ein Verständigungsverfahren anzustreben, um eine Reduktion der Straf- und Steuerzahlungen zu erreichen. Der Beamte sicherte zu, sich zu kümmern. Wusste Blümel davon? Oder hochrangige Beamte des Finanzministeriums?

Nein, sagt das Finanzressort auf Anfrage. Der Verbindungsbeamte habe dem Ministerium nicht berichtet, weil ein derartiges Vorgehen üblich und nicht berichtspflichtig sei. Es gebe rund 100 solcher Anfragen pro Jahr. Italien habe darüber hinaus nicht wirklich auf die Anfrage reagiert. Die Opposition wittert hier aber doch mehr dahinter und wird Blümel dazu ausführlich befragen.



© In fünf Städten marschierte die Polizei auf, entfernte mit schwerem Gerät (o.) illegale Automaten.

91 illegale Automaten in Wien, Linz, Wels, Steyr und Traun abtransportiert:

Großrazzia in der Spielhöhle

Rien ne va plus – nichts geht mehr! Frei nach der berühmten Ansage des Croupiers beim Roulette, ging es Montagabend 17 illegalen Spielcasinos von Linz bis Wien an den Kragen. Die Finanz rückte zeitgleich zur konzertierten Razzia aus und kassierte 91 nicht genehmigte Automaten – teils mit schwerem Gerät – ein.

Um das laut Finanzpolizei im Bereich der Wettlokale „nahezu perfekte Vorwarnsystem“ auszuhebeln, mussten Polizisten am Montag in den Abendstunden zeitgleich an 17 Örtlichkeiten „anklopfen“. In den verdeckten und verklebten, teils vermeintlich geschlossenen Lokalen war nur auf den ers-

ten Blick kein Betrieb. Doch in den Hinterzimmern wurde fleißig an aufgestellten Automaten gezockt.

Als die 51 Finanz- und 28 Polizeibeamten in Wien-Favoriten, Wien-Ottakring, Linz, Wels, Steyr und Traun anrückten, wurden wider Erwarten ohne Gegenwehr die Türen geöffnet. In den

Spielhöhlen fanden die Einsatzkräfte 91 illegal betriebene Automaten vor. Während einige sofort abtransportiert werden konnten, waren andere derart fest im Boden verschraubt, dass Feuerwehr und die Spezialeinheit Cobra mit schwerem Gerät nachhelfen mussten.

Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) zeigte sich jedenfalls hochofret über die Einsatznacht. Er gratulierte zu der erfolgreichen Aktion.

Nach dem Abtransport der Geräte wurden in allen

Fällen Betriebsschließungen ausgesprochen. Nach den Hintermännern der Zocker-Mafia wird gefahndet, die weiteren Ermittlungen laufen auf Hochtouren.

Stefan Steinkogler



Die Bilanz der Nacht kann sich sehen lassen. Ich gratuliere den Kollegen zu diesem Schlag gegen die Glücksspielmafia.

Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP)

„Heute“, 23.06.2021

**Admiral löst tipico als
Bundesliga-Sponsor ab**
Bundesliga und 2. Liga werden
in den kommenden drei
Saisonen von Wettanbieter
Admiral gesponsert.
Der Vertrag mit tipico
ist ausgelaufen 

